

PAKISTAN

Pakistanischer Christ soll nach Blasphemievorwürfen gehängt werden

Zum „Gefangenen des Monats Juli 2023“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den pakistanischen Christen Nouman Asghar Masih benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den 24-Jährigen einzusetzen. Der junge Mann wurde am 1. Juli 2019 wegen angeblicher Beleidigung des islamischen Propheten Mohammed festgenommen. Die Polizei drang damals mitten in der Nacht in das Haus der Familie ein und nahm ihn sogleich fest. Am 30. Mai 2023 erging schließlich in der pakistanischen Stadt Bahawalpur (Provinz Punjab) das Todesurteil. Seine Familie lebt von den bescheidenen Einkünften von Noumans Vater, der als Reinigungskraft in einem Geschäft arbeitet.

Seiner Verteidigung zufolge entbehren die Vorwürfe jeglicher Grundlage: Er soll in einem öffentlichen Park um 3.30 Uhr in der Nacht ei-

Musterbrief

Herrn Staatspräsidenten Arif Alvi
c/o Botschaft der Islamischen Republik Pakistan
Schaperstraße 29
10719 Berlin
Fax: 030-21244210

Exzellenz,

ich wende mich an Sie wegen des inhaftierten Christen Nouman Asghar Masih, der gegen Paragraph 295 C des pakistanischen Strafgesetzbuchs verstoßen haben soll. Am 1. Juli 2019 wurde der damals 20-Jährige festgenommen. Der junge Christ habe in einem öffentlichen Park um 3.30 Uhr in der Nacht einer Gruppe von neun bis zehn Menschen blasphemische Bilder gezeigt – so lautet der Vorwurf. Seine Familie bezeugt hingegen, dass ihr Sohn daheim schlief.

Deutliche Anhaltspunkte weisen darauf hin, dass es sich hier nicht um den Mangel an Respekt vor dem Islam handelt, als vielmehr um eine falsche Bezeichnung eines Unschuldigen. Der Vorwurf ist substanzlos. Trotzdem erfolgte am 30. Mai 2023 eine Verurteilung zum Tode.

Daher bitte ich Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, damit sich die nächste Gerichtsstanz mit dem Fall zügig auseinandersetzt und Nouman freisprechen kann. Ich halte eine sofortige Freilassung und Unterbringung an einem sicheren Ort für dringlich, um das Leben und die körperliche Unversehrtheit Ihres Bürgers zu schützen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



Anwältin Anthony mit Sunny Waqas (Bildmitte) und Nouman Asghar (rechts)

ner Gruppe von neun bis zehn Menschen blasphemische Bilder gezeigt haben. Seine Familie bezeugt, dass er zu dem Zeitpunkt zu Hause in seinem Bett lag. Noumans Cousin Sunny Waqas wurde ebenfalls wegen angeblicher Gotteslästerung nur wenige Tage vor Nouman festgenommen, kam am 3. Februar 2023 schließlich gegen Kaution frei, nachdem sich weltweit Menschen für seine Freilassung eingesetzt hatten. IGFM und IDEA bitten darum, an den pakistanischen Staatspräsidenten Arif Alvi zu appellieren, auf die Freilassung des Inhaftierten hinzuwirken und für dessen Sicherheit zu sorgen.

INDIEN

Anti-Konversions-Gesetze: Mahnung an Modi

Fast ein Jahrzehnt lang durfte Narendra Modi, der heutige indische Premierminister, nicht in die USA einreisen. Ende Juni nun konnte er auf Augenhöhe US-Präsident Joe Biden in Washington besuchen, ein Staatsbankett und ein Auftritt vor dem US-Kongress schlossen sich an – Ausdruck enger diplomatischer Beziehungen.

Modi war als Chief Minister (Regierungschef) von Gujarat im Jahr 2002 im Zuge schwerster Ausschreitungen gegen Muslime mit Hunderten von Todesopfern, Vertreibung von 150.000 Menschen und Zerstörung von 270 Moscheen offenbar seiner Verantwortung nicht gerecht geworden: Die örtlichen Sicherheitsbehörden

blieben tagelang untätig. Modi sprach später von „gerechtfertigtem Volkszorn“, was Vorwürfe noch erhärtete, denen zufolge unter seiner Regierung ein Einschreiten gegen die Gewalt nicht nur passiv vermieden, sondern sogar aktiv verhindert worden sei. Wegen „Verantwortlichkeit für schwere Verletzungen der Religionsfreiheit“ verwehrten ihm die USA 2005 die Einreise.

Dem aktuellen feierlichen Empfang ging weder eine Distanzierung, Reue oder gar Wiedergutmachung voraus. Im Gegenteil: Seine Bharatiya Janata Party (BJP) steht für eine hindunationalistische Politik auf Kosten insbesondere religiöser Minderheiten. Beobachter befürchten den allmählichen

Übergang in ein autoritäres System. Nur seine Macht sowie strategische und wirtschaftliche Interessen veranlassten die US-Gastgeber dazu, den roten Teppich auszurollen – aber nicht ohne Kritik durch Menschenrechtsorganisationen. Sie verwiesen insbesondere auf die Anti-Konversions-Gesetze, die Werbung für andere Bekenntnisse als den Hinduismus kriminalisieren. Sie gelten mittlerweile in zwölf Bundesstaaten Indiens und auf ihrer Grundlage kommt es regelmäßig zu Festnahmen christlicher Gemeindeleiter. Die IGFM appelliert an die verantwortlichen Politiker, bei diplomatischen Gesprächen für die Abschaffung dieser Unrechtsgesetze einzutreten.

Verfolgte Christen als Flüchtlinge abgelehnt

In Sri Lanka hat die dortige Vertretung des UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) jüngst bei einer Reihe von Christen aus Pakistan eine Anerkennung als Flüchtlinge abgelehnt. Der IGFM liegen die Namen von 25 Personen vor, darunter Familien sowie Einzelne, die vor konkreter Verfolgung aus ihrer Heimat geflohen sind. Die Fluchtgründe, die sie vorbrachten, sind sämtlich sehr ernsthaft, darunter falsche Verdächtigungen, den Islam beleidigt zu haben, Versuche der Zwangsheirat oder den Glaubenswechsel zum Islam zu erzwingen. Eine Familie wird als Abtrünnige verfolgt: „Wir leben seit sieben Jahren in Sri Lanka. Unsere Tochter darf hier nicht die Schule besuchen. Wir können uns keine Medikamente kaufen, wenn wir krank sind. Mit Mühe schaffen wir es gerade so, nicht zu verhungern. Die Lage ist fast hoffnungslos“, schreibt die Mutter an die IGFM. Der Pastor einer Freikirche, den die IGFM in der Nähe der Hauptstadt Colombo besuchte, berichtete davon, wie er sich im August 2017 gerade noch knapp mit seiner Frau



Der pakistanische Christ Mushtaq Gill

FOTO: IGFM

und den drei Kindern in die Großstadt einer anderen Provinz absetzen konnte, als sich schon ein Mob gegen ihn und seine Söhne gebildet hatte. Sie wollten sie wegen angeblicher Gotteslästerung lynchen, weil sie sehr wagemutig im Dorf für ihren christlichen Glauben geworben hatten.

Auf der Liste der IGFM stehen noch 20 weitere Personen, die als Asylbewerber seit

Jahren auf Anerkennung als Flüchtlinge warten. Sie sind in den Jahren 2017 bis 2019 nach Sri Lanka gekommen. Sie haben seither keinerlei Unterstützung durch die öffentliche Hand, weder durch nationale oder internationale Organisationen erhalten.

Rund fünfzig Personen, von deren Schicksalen der IGFM berichtet wurde, haben den Status als Flüchtlinge zugesprochen bekommen und erhalten wenigstens kleine Zuschüsse. Der UNHCR beabsichtigt jedoch, Ende 2023 die Zahlungen und wohl 2024 auch die Tätigkeit dort einzustellen. Die Flüchtlinge warten nun teilweise seit Jahren darauf, in einem Drittland aufgenommen zu werden. Die Rückkehr nach Pakistan wäre für sie äußerst gefährlich: „Der Schwager meines Mannes trat zum Islam über. Er forderte von uns, auch diesen Glauben anzunehmen. Dann kam er eines Tages mit islamischen Extremisten zu uns“, berichtet die Mutter einer Flüchtlingsfamilie. Ihnen gelang 2012 die Flucht aus Pakistan. Die IGFM setzt sich nicht nur humanitär, sondern auch auf politischer Ebene für beide Gruppen von Verfolgten ein.

NIGERIA

US-Kommission fordert erhöhte Wachsamkeit wegen Gewalt gegen Christen

Die US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit empfiehlt der US-Regierung dringend, Nigeria wieder auf die Liste der Länder zu setzen, deren Lage der Religionsfreiheit Anlass zu „besonderer Sorge“ geben. Außerdem sollte das US-Außenministerium einen Sonderberichterstatter für das bevölkerungsreichste afrikanische Land sowie die Tschadsee-Region ernennen. Die Kommission sieht sich durch die Straflosigkeit von gewaltsamen Übergriffen etwa auf Christen zu diesem Appell veranlasst. US-Außenminister Antony Blinken hatte Nigeria in seinen Berichten über Internationale Religionsfreiheit 2021 und 2022 ausgelassen.

„Im nördlichen Zentralnigeria hat die Apathie angesichts der Gewalt zu Massengräuelaten verleitet und das Vertrauen der Bürger in Regierungsinstitutionen zerstört“, heißt es in einem Bericht zur Re-

ligionsfreiheit in Nigeria vom Juni 2023. Die überwiegend muslimische Gemeinschaft der Fulani griffen zusammen mit Kämpfern überwiegend wehrlose Christen an und würden dafür nicht zur Verantwortung gezogen. Die staatlichen Sicherheitskräfte seien, so lautet der Vorwurf, nur dort zur Stelle, wo kriminelle Banden oder Bürgermilizen überwiegend muslimische Gemeinden angriffen.

Die Fulani sind traditionell Hirten und sehen sich seit Jahren von der Zentralregierung benachteiligt, da sie weder vor Viehdiebstahl noch vor Weidelandraub geschützt würden. Inzwischen haben sie sich mit Waffen aus Libyen aufgerüstet; viele Kämpfer haben sich radikalisiert. Sie überfallen mehrheitlich christliche Ortschaften und greifen dabei gezielt Gottesdienstbesucher an: So etwa im Januar 2023 in einer Kirche im nordnigeriani-

schen Bundesstaat Katsina, wo 25 Gläubige dem Massaker zum Opfer fielen. Häufig morden oder entführen Terrorbanden auch gezielt die Priester. Am 17. Juni 2023 wurde Pfarrer Marcellus Nwaohuocha in der nigerianischen Erzdiözese Jos (östliches Zentralnigeria) entführt, gefoltert und zwei Tage später freigelassen. „Tiefe Wunden am Kopf“ trug er laut der katholischen Agentur CNA davon.

Der US-Bericht erwähnt nicht die Terrororganisationen „Islamischer Staat Provinz Westafrika“ und „Boko Haram“, die weiterhin ernstzunehmende Gefahren für die größte christliche Gemeinschaft Afrikas darstellen. Beobachter berichten, dass beide bereits Fulani-Banden infiltriert haben. Die nigerianischen Christen, rund 40 Prozent der Bevölkerung, verdienen jede politische Aufmerksamkeit und jeden politischen Schutz in ihrer Heimat.

VORANKÜNDIGUNG:

IGFM-Herbsttagung zum Thema **Aufstände gegen Diktaturen**
am 14./15. Oktober 2023 in Frankfurt/M.